

Vegetarische Wölfe

Oligarchen Schwerreiche Ukrainer bezahlen auch deutsche Expolitiker für Reformpläne. Die riskieren ihren Ruf.

Das Urteil über die neue „Reform-Agentur“ fiel in manchen ukrainischen Medien sehr klar aus: „Das alles wirkt, als würden Wölfe eine Initiative gegen Fleisch ankündigen“, ätzte der angesehene Journalist Witalij Portnikow. In der Tat: Jene Oligarchen, die sich massiv an der ukrainischen Wirtschaft bereichert haben, leisten sich nun renommierte europäische Expolitiker als Berater. Nicht zuletzt über den CDU-Bundestagsabgeordneten Karl-Georg Wellmann gewannen die Oligarchen acht „Senior Advisors“ wie Ex-SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, den britischen Exminister Peter Mandelson oder Bernard Kouchner, Mitbegründer von Ärzten ohne Grenzen. Als Letzter stieß voriges Wochenende Ex-EU-Kommissar Günter Verheugen dazu.

Ihre Reformideen für ein modernes, korruptionsfreies Steuer-, Wirtschafts- und Rechtssystem dürften das oligarchische Geschäftsmodell gefährden. Kann das gut gehen? Werden die Wölfe zu Vegetariern – und zahlen gar dafür? Ein zweifelhafter Finanzier ist Rinat Achmetow, 48.

Er scheffelte Milliarden mit Metallfabriken, Medienkonzernen, Immobilien und Banken. Für den reichsten Mann der Ukraine ungünstig: Viele seiner Projekte liegen in der umkämpften Ostukraine. Im Zentrum der Initiative steht Dmytro Firtasch, 49, Chef des ukrainischen Arbeitgeberverbands. Gas-Deals bescherten ihm Reichtum, mächtige Freunde in Russland und Ärger mit den Amerikanern, die ihn als Mitglied einer „kriminellen Vereinigung“ sehen. Firtasch kämpft gegen die Auslieferung an die USA, nur dank 125 Millionen Euro Kaution ist er frei, sitzt aber in Wien fest.

Allen Beratern ist bewusst, wie heikel das Projekt ist. „Jeder weiß um den Ruf ukrainischer Oligarchen“, sagt Verheugen. „Aber wer das Land – wie dringend nötig – verändern will, muss sie einbinden.“ Steinbrück fragt: „Was ist daran auszusetzen, wenn ukrai-

sche Oligarchen ein Teil ihres Geldes zurückgeben?“ Die Berater setzen auf strikte Unabhängigkeit, die in der Rechtskonstruktion der Agentur und ihres Wiener Trägerversands angelegt ist. Und auf politische Rückenbedeckung: Verheugen soll sich um eine EU-Anschlussfinanzierung kümmern, Steinbrück besprach sich mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der Zustimmung signalisiert haben soll.

Als Wellmann auch das Kanzleramt kontaktierte, stieß er jedoch auf kaum verhohlene Skepsis. Wer sich für die Ukraine engagiere, so wurde

ihm bedeutet, möge es im Auftrag der gewählten Staatsführung tun und sonst lieber nicht.

Es gehe ja gerade darum, die Oligarchenwirtschaft abzulösen.

„Staatspräsident Poroschenko unterstützt das Projekt“, sagt Verheugen dazu. Und Oligarchen wie Firtasch rühmen sich ihres Einflusses auf ukrainische Abgeordnete – wie immer der aussehen mag.

Noch unbekannt ist das Salär der Senior Advisors, von Tagespauschalen in mittlerer vierstelliger Höhe ist vage die Rede. „Hier

geht es nicht um einen vordergründig kommerziellen Beratungsauftrag“, sagt Verheugen. „Eine Aufwandsentschädigung wird es selbstverständlich geben.“ Deutlich besser vergütet werden die Manager, die jeder Berater anheuern darf. Sie sollen die eigentliche Arbeit tun, die binnen 200 Tagen in den Reformplan münden soll. „Das Gehalt eines Bankvorstands“ stellt Wellmann für diese Posten in Aussicht. Die exakte Summe spiele eine „untergeordnete Rolle“ für die Oligarchen. Einer der bekanntesten von ihnen, Wiktor Pintschuk, ist anders als bisher behauptet nicht dabei. Der Industriemagnat lässt ausrichten, er sei kein „Gründungsvater“ der Agentur: „Herr Pintschuk ist nicht beteiligt, und wir haben von der Initiative hauptsächlich aus den Medien erfahren.“

Melanie Amann, Nikolaus Blome, Christiane Hoffmann, Marc Hujer



Oligarchen Pintschuk, Firtasch
„Jeder weiß um ihren Ruf“

den letzten Vorstandswahlen der SPD mit denen bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg, und das Problem wird offensichtlich.

SPIEGEL: Oder ist die SPD im Kern eine Programmpartei – und viele Wähler haben kein Interesse mehr an Programmatik?

Steinbrück: Warum haben die Bürgerinnen und Bürger kein Interesse mehr an Programmatik? Vielleicht, weil sie von der Politik unterfordert werden? Das ist meine Empfehlung an meine Partei: Wenn ihr nur den Koalitionsvertrag abarbeitet, landet ihr in einer Verwaltungsgemeinschaft. Die SPD wird die entscheidenden Zukunftsfragen – Freiheit in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung, Europa, den vorsorgenden Sozialstaat, Integration, die Auswirkungen der digitalen Revolution auf unsere industriellen Kernbereiche – befeuern müssen. Da dürfen auch mal die Fetzen fliegen. Dann mischen sich die Bürger ein. Wir müssen Enthusiasmus wecken. Im Übrigen ist eine Große Koalition dazu da, große Themen aufzugreifen. Erst dann fühlen sich die Leute auch angesprochen und werden politisiert – und plötzlich haben sie Interesse an Inhalten und nicht nur am Management und an den Eigentümlichkeiten von Politikern.

SPIEGEL: Unterfordert? Sind nicht eher die politischen Themen derart komplex geworden, dass man sie kaum noch versteht?

Steinbrück: Die Menschen fühlen sich überfordert von Globalisierung, Beschleunigung, Komplexität. Die Politik überfordert sie gewiss nicht. Die lulkt sie eher ein.

SPIEGEL: Träumen Sie manchmal davon, was Sie jetzt täten, wenn Sie Kanzler wären? Sie nennen das, was die Koalition im ersten Jahr geleistet hat, „Halbzeug“.

Steinbrück: Nein, ich träume nicht davon, Kanzler zu sein, weiß Gott nicht. Mit „Halbzeug“ meine ich auch nicht Mindestlohn oder Mietpreisbremse. Mir geht es um drei Punkte. Erstens ist die digitale Agenda der Koalition unzureichend. Zweitens ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz derart verdrillt, dass es nicht mehr durch die bloße Neujustierung einiger Schrauben von seinen angesammelten Konstruktionsfehlern befreit werden kann. Der dritte Punkt ist, dass die Politik der Großen Koalition bisher zu konsumtiv und angesichts einer bedenklichen Investitionslücke zu wenig investiv ausgerichtet ist. Dazu mache ich einige Vorschläge, von denen ein paar als anstößig empfunden werden dürfen – beispielsweise die Rente mit 63 und die Mütterrente für zwei Jahre auszusetzen. Dann stünden 17 Milliarden Euro zur Verfügung, die zu investieren wären.

SPIEGEL: Würden Sie in der Ukraine-Krise so agieren wie die Kanzlerin? Sie hat die Teilung des Landes de facto akzeptiert.

Steinbrück: Talleyrand hat auf dem Wiener Kongress 1815 gesagt, Hochverrat sei eine